

Schmidt für Erhöhung des Rentenalters

Bundessozialministerin Ulla Schmidt hat sich dafür ausgesprochen, das Renteneintrittsalter allmählich bis zum Jahr 2035 auf 67 Jahre zu erhöhen.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es in der Union.

Schmidt stellte sich hinter die Forderung der Rürup-Kommission, die den ersten Schritt für 2011 angepeilt hat. In einem Interview der "Berliner Zeitung" sagte Schmidt, man müsse der Entwicklung Rechnung tragen, dass die Menschen immer älter würden und länger gesund blieben. Gleichzeitig befürwortete die Ministerin die Ausnahme von Erwerbsunfähigen, Schwerbehinderten und Menschen, die ihr Leben lang körperlich hart gearbeitet hätten. Diese müssten früher in Rente gehen können. Zum Kommissionsvorschlag, den Rentenanstieg über einen so genannten Nachhaltigkeitsfaktor zu bremsen, sagte Schmidt: "Ich muss das noch prüfen lassen, aber ein solcher Ansatz macht Sinn." Angesichts der demografischen Entwicklung müsse eine neue Balance zwischen Rentnern und Beitragszahlern hergestellt werden. "Ohne einen Beitrag der zukünftigen Rentner wird das nicht funktionieren", sagte sie. Die Sozialministerin lehnte die Einbeziehung von Selbstständigen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ab. "Die Finanzprobleme bekommt man so nicht in den Griff", sagte sie.

Widersprüchliche Aussagen aus der Union

Grundsätzliche Unterstützung für Schmidts Rentenpläne signalisierte der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Deutschland werde seinen Wohlstand nur halten können, wenn insgesamt mehr gearbeitet werde, sagte Koch der "Berliner Zeitung".

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber sprach sich dagegen gegen eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters aus. "Das ist mit der Union nicht zu machen. Eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre steht für uns nicht zur Debatte", sagte er am Samstag vor dem Sozialverband VdK in München.

"Statt einer unsinnigen Diskussion über die Erhöhung der gesetzlichen Altersgrenze für die Rente sollte die bisher gültige Grenze von 65 Jahren wieder in der Praxis stärker erreicht werden", sagte Stoiber. Durchschnittlich gingen Arbeitnehmer heute mit 62 Jahren in Rente.

Rentenbeitrag soll 2004 stabil bleiben

Das Bundessozialministerium geht weiter davon aus, dass der Rentenbeitrag 2004 stabil bleibt. Allerdings gebe es ein "Restrisiko", sagte Ministeriumssprecher Klaus Vater am Samstag. Er wies damit einen Bericht des "Spiegel" zurück, wonach das Ministerium mit einem Beitragsanstieg von 19,5 auf 19,8 Prozent rechnet. Der Mannheimer Rentenexperte Axel Börsch-Supan sagte dem Magazin "Focus" zufolge, die Beiträge könnten sich auf 19,9 Prozent erhöhen. Der Schätzerkreis von Rentenversicherern und Ministerium will in nächster Zeit neue Prognosen vorlegen. Vater sagte, dabei handele es sich immer um "Wenn-dann-Berechnungen".

Der Prognose des Bundessozialministeriums liegt laut "Spiegel" die jüngste Konjunkturschätzung der Bundesregierung zu Grunde, nach der das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr bei 0,75 Prozent

liegen wird. Falls das Wachstum geringer ausfällt, könne der Beitrag Expertenprognosen zufolge im nächsten Jahr sogar auf bis zu 20 Prozent steigen, hieß es.

(...)

"Wenn die Nachfrage nach der 'Riester'-Rente in den nächsten zwei Jahren aber nicht merklich zunimmt, muss ernsthaft darüber nachgedacht werden, sie zur Pflicht zu machen", schrieb Rürup. Zugleich verteidigte er den Vorschlag, das Renteneintrittsalter schrittweise zu erhöhen. "Durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit werden nicht nur die Rentenkassen entlastet, sondern auch die Rentenansprüche aufgebessert." Völlig falsch sei es, die "mittel- und langfristigen Chancen Älterer am Arbeitsmarkt in Schwarz zu malen". Arbeitskraft werde in Zukunft knapper.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der „Financial Times Deutschland“ vom 26.08.2003.